

14.11

Abgeordneter Gerhard Steier (SPÖ): Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren!

Der Sammelbericht des Petitionsausschusses ist eine gute Gelegenheit, um zum aktuellen Diskussionspunkt Nummer eins in Österreich, dem geplanten Erstaufnahmezentrum Eberau, Stellung zu nehmen.

Ich darf einleitend Folgendes festhalten: Menschen, Flüchtlinge haben ein Anrecht darauf, Hilfe zu erfahren. Dazu stehen wir nicht nur als Sozialdemokraten, sondern auch und insbesondere als BurgenländerInnen. Wir BurgenländerInnen haben das die vergangenen Jahrzehnte hindurch wohl eindrucksvoll bewiesen.

Geschätzte Damen und Herren, die Faktenlage ist ja hinlänglich bekannt. Zu den drei bestehenden soll aus Kapazitätsgründen ein weiteres Asylzentrum dazukommen. Die Standortsuche war, ist und wird schwierig sein, wiewohl ich selbst und alle in der SPÖ davon überzeugt sind, dass keine weitere Aufnahmestelle notwendig ist, wenn alle Bundesländer die jeweiligen festgelegten Aufnahmequoten erfüllen. (Abg. Rädler: Alle!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bisher war ich der Meinung, dass kein Bürgermeister eine so weit reichende Entscheidung, nämlich ein Asylzentrum zu bauen, leichtfertig treffen könnte – noch dazu ohne Rückhalt der örtlichen Bevölkerung, der Region und der Landespolitik, wie das Frau Bundesminister Fekter mit dem Bürgermeister in Eberau getan hat. Tatsächlich sind bestehende Ängste und Ressentiments groß – kein Wunder angesichts der fortwährenden Kriminalisierung von Asylsuchenden.

Wie ein Polit-Rambo hat Innenministerin Fekter gemeinsam mit ihren Helfern und Schergen – sie tut das ja auch jetzt noch – in einer Nacht- und Nebelaktion versucht, gegen alle demokratischen Regeln und bar jeder Kommunikation, ein Erstaufnahmezentrum im burgenländischen Eberau durchzupeitschen. Die „Indegrenzien“ dafür – verdeckte Kontaktaufnahmen, Strohmänner, geheime Absprachen – könnten direkt aus einem schlechten Roman stammen. Der Satz „Wir waren schneller als die Verhinderer!“ zeugt von der Denkungsart der VPMinisterin.

Schlimm ist jedoch auch, dass diejenigen, die bisher im Abseits gestanden sind – nämlich die Hofers, Tschürzens und Molnars; der Herr Oberlehrer und seine Satiriker, Filopat und Patafil –, versuchen, aus diesem Fall politisches Kleingeld zu schlagen, um Stimmen zu

gewinnen. Sie zeigen damit wieder einmal ihr wahres Gesicht, nämlich zu vernadern und zu verunglimpfen.

Meine geschätzten Damen und Herren, es hat massiver Anstrengungen des Landeshauptmannes des Burgenlandes sowie der SPÖ Burgenland bedurft, um dieses Wahnsinnsprojekt zu stoppen. Wir lehnen ein Erstaufnahmezentrum Eberau und die undemokratische, politisch motivierte Vorgangsweise der Frau Innenminister zutiefst ab!

Eine Volksbefragung wird dazu beitragen, den politisch Verantwortlichen zu zeigen, dass ein Erstaufnahmezentrum nicht dem Wunsch der Bevölkerung entspricht – und daher sollte auch diese Befragung ein bindendes Ergebnis für alle Verantwortlichen sein.

Bundesministerin Fekter hat mein persönliches Vertrauen, aber auch das Vertrauen des Burgenlandes verspielt, denn sie hat nicht zum ersten Mal burgenlandfeindlich agiert: Neben Eberau hat sie auch den Abzug von Polizisten und auch dieses Lavieren in Bezug auf den Assistenzeneinsatz vertreten.

Die ÖVP wäre gut beraten, die Zügel in die Hand zu nehmen, Frau Fekters Crashkurs zu beenden und sich einen Prozess der Selbstreinigung aufzuerlegen. In Bezug auf Frau Bundesministerin Fekter wird es in Bälde mehrere Misstrauensanträge geben. Ich persönlich werde diesen nur deswegen nicht zustimmen, weil wir Burgenländer Menschen mit Handschlagqualität sind, die Abkommen einhalten – und das gilt auch für das Koalitionsabkommen. Ich stehe zum Abkommen von 108 SPÖ- und ÖVP-Abgeordneten und torpediere das nicht. Deshalb – und nur deshalb – werde ich diesem Misstrauensantrag nicht zustimmen, sondern eine symbolische Geste setzen, nämlich bei der Abstimmung hier den Sitzungssaal verlassen und wir werden sehr genau beobachten, wie sich andere burgenländische Abgeordnete bei dieser Abstimmung verhalten werden. – Herzlichen Dank. (Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der Grünen.)

Präsident Mag. Dr. Martin Graf: Herr Abgeordneter Steier, für den Vorwurf Vernadern in Richtung Abgeordneten-Kollegen dieses Hauses erteile ich einen Ordnungsruf.